

## 350 Jahre danach

### Was die Kirche aus dem Fall Galilei lernen könnte

Der Fall Galilei, in Wirklichkeit ein Fall der damaligen Indexkongregation und ihres „Berichterstatters“, Kardinal Robert Bellarmin, ist seit je eine offene Wunde am Leib der römisch-katholischen Kirche. Spätestens seit der Aufklärung sitzt sie wegen des damaligen intellektuellen wie rechtlichen Fehltrittes auf der Anklagebank aller dem Fortschritt und der Wissenschaftsfreiheit verpflichteten Geister. Die Verurteilung des frühen Bahnbrechers neuzeitlicher Experimentalphysik wegen dessen damals wissenschaftlich noch ungesicherter Option für das kopernikanische (heliozentrische) gegen das ptolemäische (geozentrische) Weltbild steht generell für Wissenschafts- und Fortschrittsfeindlichkeit der Kirche, die, wo sie die Macht habe, bereit sei, naive Bibelgläubigkeit gegen den Fortschritt der Wissenschaften selbst durch Einschüchterung und physische Gewalt durchzusetzen.

Eine eindeutige Klarstellung dazu, die dem damals Betroffenen auch von kirchlicher Seite wenigstens geschichtlich gerecht werden soll, strebte der gegenwärtige Papst, der trotz herrschender Windstille zwischen Theologie und Naturwissenschaften um eine offene Begegnung mit allen wissenschaftlichen Erkenntnisrichtungen bemüht ist, bereits seit langer Zeit an. Im Juli 1981 setzte er eine eigene Studienkommission ein (zunächst unter der Leitung von Kardinal *Gabriel Garrone*, später unter dessen französischem Landsmann Kardinal *Paul Poupard*). Ihr wurde der höchstkirchliche Auftrag erteilt, den Fall unter allen in Betracht kommenden (biblischen, wissenschaftlich-epistemologischen, kulturell-geschichtlichen) Gesichtspunkten zu prüfen. Jetzt, gut elf Jahre später und knapp nach dem 350. Todestag Galileis, zog Johannes Paul II. das Fazit: in unverfänglicher,

aber höchst feierlicher und wissenschaftsbezogener Form.

Kurz zusammengefaßt lautet dieses Fazit: 1. daß die Verurteilung Galileis ein Irrtum war, ist klar. Darüber braucht nicht mehr gesprochen zu werden. Es kann auch nicht um eine wie immer geartete Rehabilitierung Galileis durch die Kirche gehen, sondern um die Klärung der Voraussetzungen, wie und warum es zu der Fehlentscheidung kam. 2. In der Sache wird Galilei Gerechtigkeit zuteil: Er habe besser als seine Gegner verstanden – „paradoxaerweise“ meint der Papst –, zwischen der Irrtumsfreiheit der Schrift und der Art, diese zu interpretieren, zu unterscheiden. 3. Das Urteil über Galilei ist nie irreformabel gewesen. Die Kirche habe das auch zu erkennen gegeben, sich wenigstens faktisch deutlich davon distanziert und im Zuge der Zunahme genauerer Geschichtskennntnis zwischen Weltbild und Aussagesinn der Bibel, die ja keine naturwissenschaftlichen Aussagen macht, sondern Heilswahrheiten verkündet, unterscheiden gelernt.

Wenn dem aber so ist und wenn die Arbeit der Kommission, folgt man jedenfalls der Ansprache des Papstes, auch nichts substantiell Neues zutage gebracht hat, warum dann nach dreieinhalb Jahrhunderten soviel Aufwand, wo doch das Eingeständnis, schlicht geirrt, Unrecht getan und unrecht gehabt zu haben, genügen würde?

Der Papst gibt selbst einen Fingerzeig, indem er dieselbe Frage stellt und darauf antwortet: Es sei nicht auszuschließen, daß man sich eines Tages mit einer vergleichbaren Situation konfrontiert sehe, in der Glaube und Wissenschaft jeweils die je eigenen Grenzen besonders zu beachten haben würden. In der Tat, man braucht nicht lange zu suchen oder gar Künftiges vorwegzunehmen, das aktuelle Beispiel liegt auf der Hand. Das päpstliche Verbot „künstlicher“ Empfängnisverhütung ist zwar nicht die Folge einer exegetischen Grenzüberschreitung; das Verbot wird ja nicht biblisch, sondern ethisch aus der Natur des Menschen, seiner Würde und seiner Verpflichtung als Person begründet. Daß

man dabei aber aus einem biologischen Vorgang fälschlich auf ein sittliches Gebot schließt – die „natürliche“ Nutzung der unfruchtbaren Tage zur Verhinderung einer Empfängnis ist erlaubt, die künstliche Steuerung der Ovulation auf hormonalem Wege aber außer zu medizinischen Zwecken verboten –, wird heute aus nicht weniger plausiblen Gründen vermutet als zur Zeit Galileis die Bestreitbarkeit des ptolemäischen Weltbildes bzw. die Bindung des biblischen Glaubens an dieses.

Allerdings war der Konflikt von damals wie der von heute weniger auf der abstrakten Ebene der Spannung zwischen Glauben und Wissen angesiedelt, auf den der Fall Galilei kirchlicherseits üblicherweise und jetzt wieder auch vom Papst gehoben wird, sondern es geht in beiden Fällen um den schlichten Sachverhalt, daß Kirche etwas als wahr bzw. als erlaubt oder verboten postuliert, was sie mit ihren Mitteln als wahr bzw. als verboten *nicht beweisen kann*, wo aber andere Beweismittel, solche philosophischer, naturwissenschaftlicher und im Falle der Empfängnisverhütung solche ethischer Art nicht zur Verfügung stehen. Man nennt so etwas selbstverschuldete Beweisnot.

Wie sehr das päpstliche Lehramt historisch wie aktuell unter solcher Not leidet, merkt man selbst noch der Klarstellung Johannes Pauls II. zum Fall Galilei an. Je länger man in der Ansprache des Papstes liest, um so *defensiver* erscheint sie einem. Es wird erklärt, warum es damals so war, wie es war, und je mehr das mit längst bekannten Argumenten erklärt wird, um so eindeutiger wird die Argumentation – nicht zum Rechtfertigungsversuch, aber zum Werben um Verständnis für diejenigen, die Galilei verurteilt haben. Zu sagen, daß beide Seiten „guten Glaubens“ gehandelt haben, wird nach den Jahrhunderten, die seither vergangen sind, niemanden vom Stuhl reißen. Schlicht zu sagen, da gibt es zwar dies oder jenes, das sich aus den Umständen von damals erklären läßt, aber Irrtum bleibt Irrtum und Fehlverhalten Fehlverhalten, wäre schon eindrucksvoller. Vermutlich wird die Kirche in all die-

sen Dingen erst wieder zu einer überzeugenden Sprache finden, wenn sie sich eingesteht, eine irrende Kirche zu sein; wenn sie den Mut hat zuzugeben, daß ihr Herr ihr verheißen hat, sie in seiner Wahrheit zu erhalten, und sonst nichts, und daß sie, da irren menschlich ist und sie deshalb, obwohl gottgestiftete und sakramentale Wirklichkeit, täglich in allen möglichen Dingen irren und sich daneben benehmen kann, wie Menschen eben in allen möglichen Dingen irren können. Eine Kirche, die dazu steht, daß sie eine irrende Kirche ist, braucht ihre Irrtümer weder zu verstecken noch wegzureden noch umständlich zu erklären. Sie kann im Zugeben des Irrs Souveränität, Identität, „Selbstwertgefühl“ als *Glaubende* zurückgewinnen. se

## Verstörungen

### *Die Berliner Demonstration und das öffentliche Echo darauf*

An die 300 bis 350 000 waren am zweiten Novembersonntag in Berlin zusammengekommen, um unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ gegen Ausländerfeindlichkeit und gegen gewalttätige Übergriffe auf Asylsuchende zu demonstrieren.

Es war eine *Demonstration von ganz besonderem Zuschnitt*. Von der Zahl her: Selbst die Friedensbewegung in ihren heißesten Zeiten der Antinachrüstungskampagnen konnte nicht so viel Volk mobilisieren. Wegen der Initiatoren und Veranstalter: Es war – am Ausgangspunkt – keine spontane Bürgeraktion, sondern dazu aufgerufen haben politische Instanzen, an der Spitze die Berliner Parlamentspräsidentin und der Regierende Bürgermeister. Die politische Führung der Republik selbst wollte demonstrieren; der Bundespräsident übernahm die Schirmherrschaft. Durch die Zusammensetzung der Demonstranten: Politiker, Wirtschaftsführer, Künstler, Schauspieler, die Repräsentanten des Staates und der gesellschaftlichen Eliten wollten vorangehen, der Abwehrwille des ganzen demokratischen

Deutschlands sollte dem In- und Ausland vor Augen führen: Das wiedervereinigte Deutschland ist kein ausländerfeindliches Land, es bekennt sich uneingeschränkt zu den Menschenrechten für jedermann – trotz aller Debatten um das Asylrecht – und weiß sich gegen aufkommende rechtsradikale und rassistische Strömungen zu wehren.

Und doch war es keine Politiker- oder Großkopfeten-Demonstration, auch kein Aufmarsch der politischen Parteien, sondern eine *Volksdemonstration* von unerwartetem Ausmaß. Freund und Feind fand sich zusammen. So mancher mußte vor gegnerischen Parolen und Transparenten hermarschieren, die gar nicht in seinem Sinne waren; um so beachtlicher war es, daß alle einwandfrei demokratischen Kräfte – von bayerischen Ausnahmen abgesehen – sich in der Lage zeigten, ihren tagespolitischen Streit wenigstens für Stunden hintanzustellen, ohne ihn zu verdrängen.

Die Demonstration wurde gestört: massiv und an empfindlicher Stelle. Der Bundespräsident selbst mußte von einem zu spät gebildeten Kordon schildbewehrter Polizisten gegen Eier- und Steinewerfer geschützt werden und kam als einziger vorgesehener Redner erst mühsam und mit Verzögerung zu Wort. Daß es Unmutsäußerungen geben würde auch unter Demonstranten gegen Politiker, gegen den Bundeskanzler, war in einem Klima allgemeiner Aversionen gegen Politiker zu erwarten gewesen. Aber daß der Bundespräsident, die höchste Autorität im Staat und als Person und Institution die personifizierte Überparteilichkeit, zum Angriffsziel von Gewalttätern wurde, damit erhielt die Störung eine neue, verwirrende Qualität. Und das besonders Verwirrende: die gewalttätigen Störer kamen nicht aus der rechtsradikalen Ecke. Es waren keine Neonazis, die den Bundespräsidenten bedrohten und den Bundeskanzler attackierten; es waren keine Skins, die als Schlägertrupps aufmarschierten, sondern die gewalttätigen Störer kamen von ganz links, aus der autonomen Szene. Und die Frage, ob die Polizei nicht rechtzeitiger und fle-

xibler auf mögliche Zwischenfälle sich hätte einstellen können und ob die Veranstalter angesichts der bekanntgewordenen Hinweise auf Absichten möglicher Störer nicht zu naiv gewesen seien, kam hinzu.

Durfte man sich da wundern, wenn die Verwirrung angesichts des Unvorhergesehenen und Ungewöhnlichen auch auf die *Berichterstattung und Kommentierung der Medien* voll durchschlug und damit ein Bild der Berliner Ereignisse entstand, das mit dem Gesamtvorgang nichts mehr zu tun hatte? Dennoch: Mußte es sein, daß via Fernsehen der Eindruck entstand, die Aktion der Störer sei in Berlin die Hauptsache, die Demonstration der 300 000 nur friedliche und „leider gescheiterte“ Nebensache gewesen? Und daß dieses Bild von den Printmedien tags darauf fast ohne Korrektur nachgezeichnet wurde? Schon in der ARD-Übertragung begannen die Verstörungen: Wer spät zuschaltete, mußte den Eindruck gewinnen, in Berlin sei der Staat zusammengebrochen, alles sei kaputtgegangen und das vereinte Deutschland befinde sich wieder in der Endzeit der Weimarer Republik. Das hinderte die Übertrager aber nicht daran, einen offensichtlichen Vertreter der Störerszene minutenlang ebenso wortreich wie verlegen erklären zu lassen, warum man den „öffentlichen Heuchlern“ die Maske vom Gesicht reißen müsse und warum nichts anderes übrig bliebe, als sich der angewandten Methoden zu bedienen. Im gleichen Atemzug wurde über das „häßliche Bild von Deutschland“ geklagt, das nun um die Welt gehe, nachdem man selbst kräftig dazu beigetragen hatte, dieses Bild zu transportieren – ohne den geringsten Versuch, die wahren Proportionen wiederherzustellen oder dem Betrachter in Deutschland und anderswo auch nur zu erklären, wer da aus welchen Motiven aus welcher Richtung und zu welchen Zwecken gewaltsam wurde.

Natürlich wissen wir alle: Gewalt paßt ins Bild. *Walter Jens* hat recht: „Das Gewalttätigste ist das Medienstärkste.“ Aber das entbindet Bild- und erst recht Printmedien nicht vom Prinzip der *Verhältnismäßigkeit*. Freilich: Me-